

**A.                    Leitantrag**

**A.1.2.               Für ein nachhaltiges Sachsen – Wohlstand erhalten,  
Beschäftigte schützen!**

Einreicher\*innen:   Landesvorstand

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgenden Leitantrag beschließen:

**Für ein nachhaltiges Sachsen – Wohlstand erhalten, Beschäftigte schützen!**

1  
2  
3  
4 *Von Krise zu Krise – politische Handlungsfähigkeit herstellen!*  
5  
6 Seit nunmehr über anderthalb Jahrzehnten jagt eine Krise die nächste. Von der Banken- und Eurokrise  
7 über die Coronakrise, von Kriegen und Bürgerkriegen - inzwischen auch in Europa - bis hin zu den damit  
8 verbundenen Folgen. Beispielhaft seien hier die massenhaft erzwungene Migration von Menschen aus  
9 dem Nahen Osten oder die aktuellen wirtschaftspolitischen Verwerfungen infolge unserer fossilen  
10 Abhängigkeit von russischem Gas und Öl genannt, an denen deutlich wird, dass die richtigen Antworten  
11 noch nicht gegeben wurden. Das große Mantra des neoliberalen Kapitalismus in den vergangenen  
12 Jahrzehnten lautete „privat vor Staat“: Die Aufgaben des Staates, allem voran das Bereitstellen  
13 öffentlicher Infrastrukturen, Güter und Dienstleistungen, könne der Markt, könne die „freie Wirtschaft“,  
14 viel kostengünstiger, effizienter und effektiver, kurzum in allen Belangen besser, leisten. Die Krisen zeigen  
15 uns: Wo wir als Gesellschaft das Heft des Handelns zugunsten von Märkten aus der Hand geben, wird die  
16 Demokratie handlungsunfähig.  
17  
18 Die aktuellen gesellschaftspolitischen Verwerfungen verschärfen die sozialen Ungerechtigkeiten und  
19 legen wie unter einem Brennglas die Missstände in unserer Gesellschaft frei. Wir sitzen nicht alle im  
20 selben Boot - im Gegenteil. Insbesondere Menschen in prekären Lebenslagen und besonders  
21 schutzbedürftige Gruppen, **wie zum Beispiel Frauen\*, Migrant\*innen/Geflüchtete, LGBTQI oder**  
22 **Menschen mit Behinderungen**, spüren die Folgen kapitalistischer Ausbeutung, Krieg und Verfolgung,  
23 Umweltkatastrophen und den rapiden Abbau sozialer und sicherer Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Hinzu  
24 kommt die spürbare Unsicherheit angesichts des Krieges in Europa und die (heute) noch nicht  
25 absehbaren Folgen.  
26 Ja, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind immens. Wir kämpfen für das Recht auf Energie,  
27 gegen Stromsperrern, Mietenwahnsinn und Wohnungsnot, gegen die Privatisierung wichtiger Grundrechte  
28 wie medizinische Grundversorgung und Unversehrtheit sowie gute Arbeit für alle.  
29  
30 Wie groß die Herausforderungen sind, zeigt sich am deutlichsten mit Blick auf die Klimakrise und deren  
31 Bewältigung, die wohl existenziellste Zukunftsfrage unserer Zeit. Nie war ein handlungsfähiger Staat  
32 notwendiger, um die Voraussetzungen für einen sozialökologischen Umbau zu schaffen. Die Krise der  
33 Energieabhängigkeit stellt uns immer stärker in die Verantwortung, den sozial-ökologischen Umbau in  
34 eine Politik zu übersetzen, die allen Menschen zugutekommt. Für ein Leben in Menschenwürde für alle  
35 braucht es: eine gerechte Verteilung der Krisenkosten und Zukunftsinvestitionen in einen konsequent  
36 klimaneutralen Umbau der gesamten Wirtschaft. Die zentrale Aufgabe dabei ist die Verringerung des  
37 Rohstoffdurchsatzes der Produktion und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die LINKE stellt  
38 sich dieser Aufgabe.  
39  
40  
41 *Was der Markt nicht regelt, muss der Staat regeln*  
42  
43 Wir sind nicht bereit, den notwendigen Umbau der Produktion allein durch die Zauberhand der Märkte  
44 abzuwarten, um dann die Härten, die daraus entstehen, sozialstaatlich abzufedern. Die Fragen sind: Was  
45 wird produziert, wer produziert es, ist es nachhaltig, wer profitiert davon und wie ermöglichen wir allen in  
46 Sachsen lebenden Menschen ein gutes Leben, frei von Armut? Märkte und Marktbedingungen fallen nicht

47 vom Himmel, sondern werden politisch gemacht. Linke Politik heißt für uns, im Sinne der Menschen  
48 handeln, nicht der Märkte.

49

50 Sozialökologische Transformation braucht deshalb einen handlungsfähigen und handlungswilligen  
51 demokratischen Staat! Stattdessen erschöpft sich die Wirtschafts-, Struktur-, Energie- und Klimapolitik  
52 der schwarz-grün-roten Landesregierung in Sachsen in lauwarmen Absichtserklärungen, die häufig noch  
53 nicht einmal finanziell untersetzt sind. Dazu kommen die ohnehin schon massiven Problemlagen durch  
54 Demokratieabbau, tiefe soziale Unterschiede, Armutfragen und ein massives erstarken rechter  
55 politischer Kräfte. Diese fatale Gemengelage ist die Folge falscher Politik in Sachsen sowie einer  
56 konservativen Bewahrungskultur, die am Ende vor allen die Schwächsten in unserer Gesellschaft  
57 ausbaden müssen.

58

59 Bei der Energiewende und dem Ausbau der Erneuerbaren wird von Seiten der CDU kräftig blockiert, um  
60 dann mit dem Finger nach Berlin zu zeigen. Der Ministerpräsident erklärt die Energiewenden für  
61 gescheitert, um die Verlängerung der Atom- und Kohleverstromung zu fordern. Das lehnen wir  
62 entschieden ab!

63

64 Transformation kann nur gelingen, wenn die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen so  
65 gesetzt werden, dass der Großteil der Bevölkerung davon im Lebensstandard profitiert. Geschieht dies  
66 nicht, öffnet eine Klimapolitik ohne sozialen Ausgleich Tür und Tor für ihre eigene Rückabwicklung. Oder  
67 wie es der ermordete brasilianische Gewerkschafter Chico Mendes formulierte: „Klimaschutz ohne  
68 Klassenkampf ist nur Gärtnern!“. Wir ergänzen: Wem die soziale Frage nur dann einfällt, wenn mit  
69 Verweis darauf Klimaschutz verhindert werden kann, vergeht sich an unserer Zukunft.

70

71

72 *Ein krisenfester Arbeitsmarkt für alle, die in Sachsen leben!*

73

74 Die große Krise unserer Zeit hat mehrere Dimensionen, die allesamt berücksichtigt werden müssen. Sie  
75 ist für DIE LINKE zuallererst sozial. Das heißt, dass sie in Sachsen auf eine Bevölkerung trifft, die im  
76 Bundesvergleich überdurchschnittlich arm und überdurchschnittlich schlecht entlohnt ist. 30 Jahre nach  
77 der Wende heißt das: 81,5% vom Westlohn. Hinzu kommen die Ungleichheit der Geschlechter in Folge  
78 nicht nur vor allem weiblicher Beschäftigten im Niedriglohnbereich, sondern eine weiterhin völlig  
79 unerklärliche Lohnlücke zwischen Männern\* und Frauen\*.

80

81 Wir sagen deshalb: Gleiche Löhne und Renten für gleiche Arbeit und gleichwertige Arbeit - egal ob im  
82 Ruhrpott oder in der Lausitz!

83

84 Der Arbeitsmarkt befindet sich auf dem Weg in die Rezession. Während auf der einen Seite kein\*e  
85 Handwerker\*in mehr zu bekommen ist, steigt aufgrund der ökonomischen Großwetterlage die  
86 Arbeitslosigkeit und damit das Abschieben in die Gängelei des Hartz-4 Systems oder den umetikettierten  
87 Ampelvorschlag des Bürgergeldes. Beides bedeutet Menschen ins gesellschaftliche Abseits zu stellen,  
88 anstatt ihnen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe zu gewähren. Das ist nicht hinnehmbar. Wir  
89 brauchen alle und alle Ideen, Kräfte und Innovationen für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft in  
90 Sachsen.

91

92 Die Krise ist im Weiteren strukturell: Der sozial-ökologische Umbau braucht jede Hand – von den  
93 Selbstständigen, den Menschen in Pflege- und Sozialberufen, den vielen kleinen und mittelständischen  
94 Unternehmen in Sachsen bis hin zu richtungsweisenden öffentlichen Investitionen, um einen nachhaltigen  
95 Umbau unserer Gesellschaft voranzubringen. Dazu gehört auch die Frage danach, wie wir den  
96 Strukturwandel sozial(er) gestalten, mit den betroffenen Regionen und Seite an Seite mit den Menschen,  
97 die diesen mitgestalten.

98

99 Es braucht gesellschaftliche und ökonomische Wertschätzung jener Arbeit, die für unsere Gesellschaft  
100 genauso wertvoll ist wie die Arbeit am Fließband oder im Kleinbetrieb. Die Erzählung der  
101 Dienstleistungsgesellschaft darf weder dazu dienen diese Beschäftigten abzuwerten, noch jene weitere  
102 unbezahlte und unsichtbare Arbeit verrichten zu lassen, die sich um Angehörige und Familienmitglieder  
103 sorgen. Hier braucht es eine linke Politik, die nicht nur soziale Schieflagen im Blick hat, sondern auch  
104 bestehende Geschlechterungerechtigkeit bekämpft. Wir setzen uns für einen gezielten Abbau  
105 geschlechtsspezifischer Unterschiede ein, die sich insbesondere in der Entlohnung und Anerkennung der  
106 Arbeitsverhältnisse widerspiegeln. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, das Ende des  
107 Gender Pay Gaps sowie die gesellschaftliche Aufwertung von Sozial- und Pflegeberufen sind dafür

108 unabdingbar. Der Dienstleistungs- und Niedriglohnsektor ist vor allem weiblich dominiert. Damit muss  
109 Schluss sein.

110  
111 Die sächsische Industriearbeiter\*innenschaft ist im Besonderen durch die ökologische Transition  
112 bedroht. Der Automobilssektor beschäftigt rund 95.000 Arbeitnehmer\*innen und bildet das Rückgrat der  
113 sächsischen Exporte. Die allgemeine Entwicklung der Branche bedroht ohnehin die rund 800  
114 Zuliefererbetriebe, weil im Zuge der Umstellung auf E-Antrieb vormals ausgelagerte Jobs wieder  
115 automatisiert in den Kernbetrieb zurückkehren werden. Die Behauptung der Landesregierung, in naher  
116 Zukunft werde jedes vierte europäische E-Fahrzeug aus Sachsen kommen, steht der harten Realität  
117 gegenüber, dass die Belegschaften vor allem in der Zulieferindustrie vor einer ungewissen Zukunft  
118 stehen. Krisen drängen immer als erstes die kleinen Anbieter\*innen aus dem Markt. Dazu gesellt sich in  
119 diesem Fall noch die technologische Stoßrichtung der Branche. Der Organisationsgrad der Beschäftigten  
120 in Gewerkschaften in Sachsen insgesamt, und damit deren Verhandlungsmacht in Tarifverhandlungen, ist  
121 seit mindestens 20 Jahren rückläufig. Hier will die sächsische LINKE gegensteuern: Mit  
122 allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen, mit Industriepolitik, mit Investitionen, mit der massiven  
123 staatlichen Förderung der Ausbildung für die Berufe, die in den nächsten Jahren die Photovoltaik-Anlagen  
124 auf die Dächer und Felder bauen und unsere Alten im Pflegeheim pflegen sollen.

125  
126 Derzeit schiebt der Freistaat Sachsen Menschen ab und diskutiert gleichzeitig darüber, wie man  
127 Arbeitskräfte anwerben kann – dieser Zynismus ist kaum zu überbieten. Wir fordern, dass unsere  
128 Nachbar\*innen, egal wie ihre Biografie aussieht, in die Lage versetzt werden am gesellschaftlichen Leben  
129 demokratisch und ökonomisch teilzuhaben. Sei es durch Bleiberecht, Arbeitserlaubnis oder politisches  
130 Asyl. Nach Sachsen gehören alle, die nach Sachsen gehören wollen.

131 **Im Zuge der Veränderungen des Arbeitsmarktes muss aus unserer Sicht heraus dringend alles dafür**  
132 **getan werden, einen deutlich inklusiveren Arbeitsmarkt zu bekommen und mehr Menschen mit**  
133 **Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu beschäftigen. Alle dementsprechenden**  
134 **Anstrengungen sind daher deutlich zu unterstützen.**

135

136

137 *Nachhaltige Industrie fördern, Importabhängigkeit verringern!*

138

139 Das Versagen der sächsischen Politik im energetischen Umbau ist offensichtlich: Die bereits vorhandene  
140 Solarindustrie wurde durch fehlende Fördermittel abgewürgt, die Arbeitsplätze sind vernichtet.  
141 Mittlerweile warten wir für die Installation von Photovoltaikanlagen auf chinesische Importe, während  
142 potentielle Arbeitgeber\*innen wie INTEL den geplanten sächsischen Standort in Dresden fallen lassen,  
143 weil es nicht genug Wind- und Solarenergie gibt um den Zukunftsbedarf an erneuerbaren Energien zu  
144 decken. Währenddessen beschließt die Landesregierung unter Einschluss von Grünen und  
145 Sozialdemokraten die Erhöhung der Abstandsgebote für Windenergieanlagen. Das ist nichts anderes als  
146 eine Absage an eine nachhaltige Zukunft. Im aktuellen Haushalt vermindert die Koalition die Mittel für die  
147 Förderung von Mikroelektronik jährlich bis 2024, während Taiwan, welches 53 % der global verbauten  
148 Chips herstellt, in einen geopolitischen Konflikt mit China schlingert. Wer von Energieunabhängigkeit  
149 reden will, kann von den dafür notwendigen Industriestrukturen und Lieferketten nicht schweigen.

150

151 Krise und Inflation führen zu einer fallenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Das ist Gift für die kleinen  
152 Produzent\*innen sowie für das Handwerk, insbesondere im Bereich der Nahrungsmittelproduktion. Wer  
153 weniger in der Tasche hat, kauft sein Gemüse nicht mehr auf dem Wochenmarkt sondern im Discounter  
154 und verschiebt die langsam notwendige Reparatur am Häuschen lieber noch um ein paar Jahre. Seit  
155 mindestens der Mitte des letzten Jahrhunderts ist klar, dass der einzige Weg aus einem Nachfragerloch  
156 staatliche Investitionen sind - wenn die Nachfrage sinkt, investiert kein\*e Unternehmer\*in und die  
157 Haushalte leben in Angst vor ihren kommenden Gas- und Stromabrechnungen. Und die ist angesichts der  
158 aktuellen Energiekrise mehr als real. Viele private Haushalte, Menschen in ohnehin schon prekären  
159 Lebensverhältnissen werden über die Maßen von den Teuerungen betroffen sein und viele stehen  
160 sinnbildlich schon mit einem Bein auf der Straße. Hier braucht es konkrete Maßnahmen um  
161 Verbraucher\*innen zu entlasten und Strategien um Energiearmut nachhaltig zu bekämpfen.

162 Freistaat und Kommunen bringen zusammen den Löwenanteil des investierten Geldes im Freistaat auf  
163 und hätten dort, wenn wir öffentliche Vergabe an soziale und ökologische Anforderungen koppeln und  
164 gleichzeitig die bürokratischen Hürden senken, einen riesigen Hebel die Arbeitswelt zum Besseren zu  
165 verändern. Kein staatlicher Euro darf an Unternehmen gehen, die schlechte Löhne zahlen und nicht  
166 nachhaltig wirtschaften. Der Freistaat muss seine Investitionen an einer regionalisierten  
167 Mittelstandsstrategie ausrichten – was wir hier produzieren können, muss hier produziert werden. Dazu  
168 muss der Freistaat den Schuldenbremsenfetisch überwinden und einsehen, dass ein industrieller Wandel

169 nicht von selbst kommt, sondern, wie mittlerweile sogar der BDI argumentiert, staatlich angestoßen  
170 werden muss. Unternehmen können sehr gut um Profite konkurrieren – den Rahmen dafür, dass sie das  
171 auf nachhaltige Weise und nicht auf dem Rücken der Beschäftigten tun, muss der Staat schaffen.

172

173

174 *Schluss mit Schuldenbremse und Niedriglohn – Das gute Leben braucht Infrastruktur und öffentliches*  
175 *Eigentum!*

176

177 Mit der schwarzen Null kann man nur den Niedergang verwalten. DIE LINKE fordert Investitionen nicht,  
178 um die Profite stabil zu halten, sondern um die Produktion dessen zu erhalten und zu fördern, was uns ein  
179 gutes Leben sichert. Es gilt: Wo staatliches Geld rein fließt, muss staatliches Eigentum,  
180 Belegschaftseigentum oder öffentliche Infrastruktur entstehen. Die Untätigkeit des Freistaates in Bezug  
181 auf alternative Energiequellen bedroht mittlerweile zehntausende Arbeitsplätze: Es sind die Unternehmen  
182 und der DGB die kritisieren, dass die Wasserstoffstrategie in Sachsen ausschließlich aus  
183 Absichtserklärungen besteht oder mit Taschengeld unterlegt ist. Was wir brauchen: Öffentliche  
184 Infrastruktur für Transport, Energie, Wasser und ein für die Bürger\*innen lebenswertes Dasein in Stadt  
185 und Land.

186

187 Sachsen als Niedriglohnland muss endlich der Geschichte angehören. Karl Marx schreibt: „Es muss doch  
188 etwas faul sein im Innersten eines Gesellschaftssystems, das seinen Reichtum vermehrt, ohne sein Elend  
189 zu verringern.“ Dies gilt im Besonderen für eine Zeit, in der Krisengewinner\*innen sich die Taschen  
190 vollstopfen, während die kleinen Leute nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Wir  
191 fordern: Belegschaftseigentum, Tariflöhne, eine weitsichtige Wirtschaftsförderung und die Einhaltung  
192 ökologischer Produktionskriterien.

193

194 Krisenfest ist nur, wer nicht vor jeder Kapitalbewegung an den internationalen Märkten zittern muss. Wir  
195 haben das Knowhow, die Menschen und die Technologie – zwingen wir die herrschende Politik endlich,  
196 sich für eine Wirtschaftspolitik im Sinne der Bevölkerung, der kleinen und mittelständischen  
197 Unternehmen und vor allem der Beschäftigten stark zu machen. Wirtschaften ist kein Selbstzweck,  
198 sondern die Grundlage dessen, dass Jede\*r gut und würdig leben kann – dafür steht DIE LINKE!

---

### **Entscheidung des Landesparteitages:**